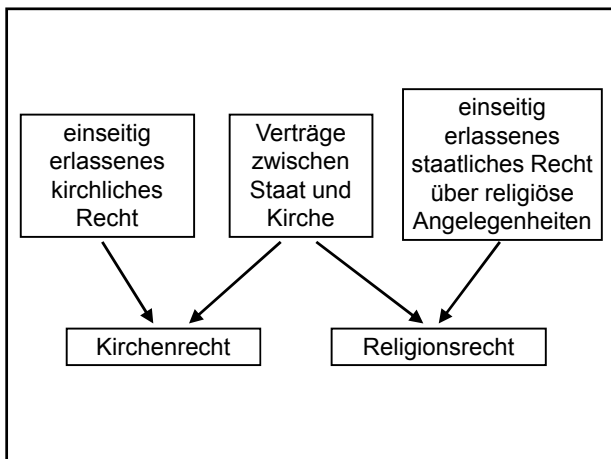


§ 1 Einführung

Bezeichnungen für jenen Teil des staatlichen Rechts, der sich mit Religion und Religionsgemeinschaften befaßt:

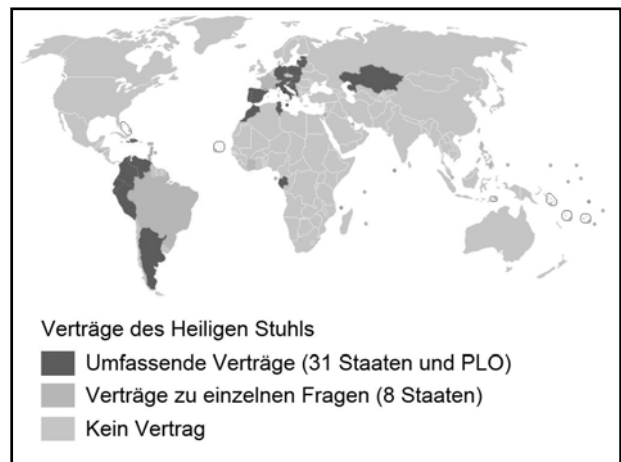
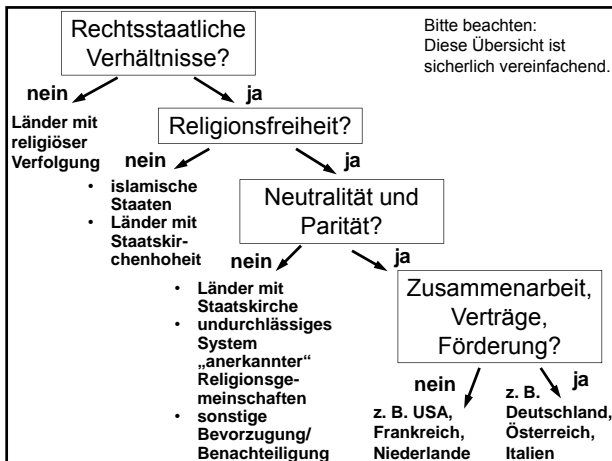
- Staatskirchenrecht
- **Religionsrecht**
- Religionsverfassungsrecht
- Kirchenrecht



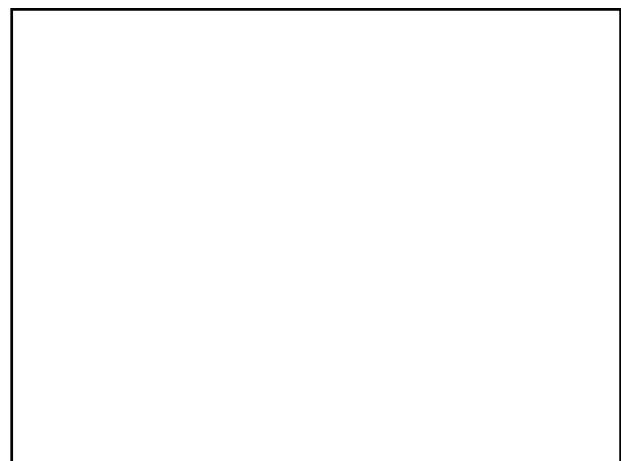
§ 2 – Kriterien für die Beschreibung der religionsrechtlichen Situation eines Landes

Kriterien zur Beschreibung der religionsrechtlichen Situation eines Landes

1. Behandelt der Staat Religion und Religionsgemeinschaften nach **rechtsstaatlichen Verhältnissen**?
2. Wird **Religionsfreiheit** gewährt:
 - a) individuell und
 - b) korporativ?
3. Besteht im Staat
 - a) religiös-weltanschauliche **Neutralität** und
 - b) **Parität** gegenüber den verschiedenen Religionsgemeinschaften?
4. Zeigt der Staat eine **religionsfreundliche Haltung** durch:
 - a) eine Tendenz zur **Zusammenarbeit**,
 - b) die **vertragliche** Regelung gemeinsamer Angelegenheiten,
 - c) eine besondere staatliche **Förderung** von Religionsgemeinschaften?



- Begriffe zur Kennzeichnung staatskirchenrechtlicher Modelle
- Staatskirche
 - Staatsreligion
 - Staatskirchenhoheit
 - Cäsaropapismus
 - Theokratie / Gottesstaat
 - Hierokratie
 - Trennung von Kirche und Staat
 - „hinkende Trennung“
 - Laizismus
 - Laizität



§ 3 Die Lehre der katholischen Kirche über das Verhältnis von Staat und Religion

Kirche und „Staat“ im Neuen Testament

- Röm 13,1-7
- Mk 12,17
- Apg 5,29
- 1 Tim 2,1f.
- Offb 13,1-17

Stichworte zur früheren Lehre der Kirche zum Verhältnis Staat – Kirche

- **Zwei-Gewalten-Lehre** (seit 494 Gelasius I., Brief an Kaiser Anastasius); **Zwei-Schwerter-Lehre**
- staatliche Gewalt als „**brachium saeculare Ecclesiae**“
- „**libertas Ecclesiae**“ (Gregor VII., 11. Jh.; Investiturstreit)
- **Überordnung der Kirche über den Staat** (Höhepunkt: Bonifaz VIII., 1302 "Unam sanctam")
- Eingreifen des Papstes in weltliche Angelegenheiten „**ratione peccati**“ (Bonifaz VIII.)
- „**potestas indirecta Ecclesiae in temporalibus**“ (Robert Bellarmin, 17. Jh.)
- „**ius Publicum Ecclesiasticum**“ (18./19. Jh.): Staat und Kirche als „**societates perfectae**“ (in einem päpstlichen Dokument erstmals 1860 bei Pius IX.)
- 1864 Pius IX., Syllabus errorum: Forderung, die **kath. Religion als Staatsreligion** anzuerkennen
- 1963 Johannes XXIII., Enz. „Pacem in terris“: **Menschenrechte**

§ 4 - Das Verhältnis von Staat und Religion im Laufe der Geschichte

- Römisches Reich
- Mittelalter
- Reformationszeit bis zum Ende des Reiches (1806)
- 1806 bis 1918
- seit 1918

Staat und Religion im römischen Reich

- Römische Religion als Staatsreligion; aber Duldung anderer nicht-exklusiver Religionen und der jüdischen Religion
- 311 erstes Toleranzedikt: Christentum = erlaubte Religion
- 313 Mailänder Abkommen („Toleranzedikt“) zwischen den Kaisern Konstantin und Licinius („konstantinische Wende“)
- 380 Kaiser Theodosius macht das Christentum zur Staatsreligion

Staat und Kirche im Mittelalter

- Christentum ist faktisch eine Art „Staatsreligion“
- „Sacrum Imperium Romanum“: weltliche Macht als „advocatus Ecclesiae“
- Eigenkirchenwesen
- seit Otto dem Großen (936-973): „Ottonisches System“
- Investiturstreit; 1122 Wormser Konkordat
- Streit um die Vorherrschaft zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt
- in Deutschland seit dem 15. Jh. „vorreformatorisches landesherrliches Kirchenregiment“

Staat und Kirche von der Reformationszeit bis zum Ende des Reiches

- Luthers Zwei-Reiche-Lehre
- Territorialherrscher als „Notbischöfe“
- 1555 Augsburger Religionsfriede
- 1648 Westfälischer Friede
- in evangelischen Ländern: „Landesherrliches Kirchenregiment“; Begründungen dafür: Episkopalsystem, Territorialsystem, Kollegialsystem
- aber auch in katholischen Ländern: Staatskirchenhoheit: „placetum regium“ („Plazet“), „appellatio ab abusu“ / „recursus ab abusu“; Höhepunkt dieser Entwicklung im 18. Jh.; in Österreich: „Josephinismus“
- 1803 Reichsdeputationshauptschluß: „Mediatisierung“ der Reichsstädte „Säkularisierung“ der geistlichen Reichsstände

Reichsdeputationshauptschluß

§ 34: „Alle Güter der Domkapitel und ihrer Dignitarien werden den Domänen der Bischöfe einverleibt, und gehen mit den Bistümern auf die Fürsten über, denen diese angewiesen sind ...“

Reichsdeputationshauptschluß

§ 35. „Alle Güter der fundierten Stifter, Abteyen und Klöster, in den alten sowohl als in den neuen Besitzungen, Katholischer sowohl als A. C. Verwandten, mittelbarer sowohl als unmittelbarer, deren Verwendung in den vorhergehenden Anordnungen nicht förmlich festgesetzt worden ist, werden der freien und vollen Disposition der respectiven Landesherrn, sowohl zum Behuf des Aufwandes für Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten, als auch zur Erleichterung ihrer Finanzen überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen, welche werden beibehalten werden, und der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit ...“

Staat und Religion zwischen 1806 und 1918

- allmähliche Durchsetzung der individuellen Religionsfreiheit
- nach und nach Abschaffung der Staatskirchen (z.B. Preußen 1848/1850); aber Ausnahmen (z. B. Mecklenburg)
- allmählicher Rückgang der staatlichen Aufsichtsrechte
- Unterscheidung zwischen „*iura circa sacra*“ („Kirchenhoheit“) und „*iura in sacra*“ („Kirchengewalt“)
- zunehmende Abschlüsse von Konkordaten
- Beseitigung der kirchlichen Jurisdiktion in weltlichen Angelegenheiten (Ehe, Schulaufsicht)
- nach und nach Einführung der Kirchensteuer
- 1870-1878 Bismarcks Kulturkampf
- 1871 „Kanzelparagraph“; 1872 Jesuitengesetz; 1875 „Brotkorbgesetz“; 1875 Zwangszivilehe

Der „Kanzelparagraph“

§ 130a StGB

(1) Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufes öffentlich vor einer Menschenmenge, oder welcher in einer Kirche, oder an einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor Mehreren Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verkündigung oder Erörterung macht, wird mit Gefängniß oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft.

(2) Gleiche Strafe trifft denjenigen Geistlichen oder Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufes Schriftstücke ausgibt oder verbreitet, in welchen Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verkündigung oder Erörterung gemacht wird.

Staat und Religion zwischen 1806 und 1918

- allmähliche Durchsetzung der individuellen Religionsfreiheit
- nach und nach Abschaffung der Staatskirchen (z.B. Preußen 1848/1850); aber Ausnahmen (z. B. Mecklenburg)
- allmählicher Rückgang der staatlichen Aufsichtsrechte
- Unterscheidung zwischen „*iura circa sacra*“ („Kirchenhoheit“) und „*iura in sacra*“ („Kirchengewalt“)
- zunehmende Abschlüsse von Konkordaten
- Beseitigung der kirchlichen Jurisdiktion in weltlichen Angelegenheiten (Ehe, Schulaufsicht)
- nach und nach Einführung der Kirchensteuer
- 1870-1878 Bismarcks Kulturkampf
1871 „Kanzelparagraph“; 1872 Jesuitengesetz;
1875 „Brotkorbgesetz“; 1875 Zwangszivilehe

Staat und Religion seit 1918

- 1918 Ende der Monarchie = Ende des Summepiskopats
- 1919 Weimarer Reichsverfassung; „Korrelatentheorie“
- Konkordate mit Bayern (1924), Preußen (1929), Baden (1932) und entsprechende Verträge mit den ev. Kirchen
- Nationalsozialismus:
20.7.1933 Reichskonkordat; „Deutsche Christen“; Bekennende Kirche; Kirchenkampf
- DDR: Diskriminierung von Christentum und Kirchen
- Bundesrepublik:
 - Auseinandersetzungen im Parlamentarischen Rat
 - 1949 Grundgesetz
 - 1957 Konkordatsurteil
 - zahlreiche Staatskirchenverträge
 - seit 1990 Geltung des GG für ganz Deutschland
 - danach auch Verträge mit den neuen Bundesländern

§ 5 – Die Quellen des geltenden deutschen Religionsrechts

- Überblick
- Verfassungsrecht
- Vertragsrecht
- einfaches Gesetzesrecht

Religionsrechtliche Vorschriften im GG

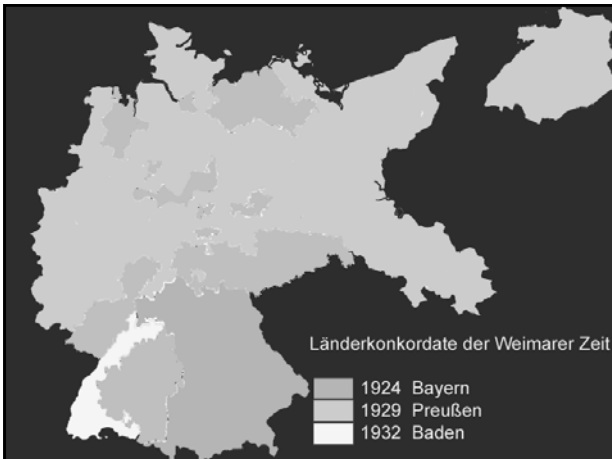
- Art. 3 III GG:** Diskriminierungsverbot
- Art. 4 GG:** Religionsfreiheit
- Art. 7 II und III GG:** Religionsunterricht
- Art. 33 III GG:** Diskriminierungsverbot im Hinblick auf bürgerliche und staatsbürgerliche Rechte usw.
- Art. 140 GG:** Inkorporation von Art. 136-139 und 141 der WRV
- Art. 136 WRV: Konkretisierung der individuellen Religionsfreiheit
- Art. 137 WRV: Stellung der Religionsgemeinschaften
- Art. 138 WRV: Vermögensfragen
- Art. 139 WRV: Sonn- und Feiertage
- Art. 141 WRV: Militär- und Anstaltsseelsorge
- Art. 141 GG:** „Bremer Klausel“

Die Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern bei der einfachen Gesetzgebung

- nur der Bund: „ausschließliche Gesetzgebung des Bundes“ (Art. 73 GG)
- Bund und Länder in gleicher Weise: „konkurrierende Gesetzgebung“ (Art. 74 GG)
- nur die Länder: „ausschließliche Gesetzgebung der Länder“ (alles übrige; siehe Art. 70 GG)

Zustandekommen von Konkordaten

1. Ernennung von bevollmächtigten **Unterhändlern**
2. **Verhandlungen**,
am Ende: **Paraphierung** durch die Unterhändler
3. **Unterzeichnung** durch die Vertragspartner
4. auf staatlicher Seite:
Zustimmung durch das **Parlament**
5. **Ratifizierung** durch die Vertragspartner
6. **Austausch der Ratifikationsurkunden**;
von da an Inkrafttreten des Vertrags
7. **Veröffentlichung** in den Gesetzblättern



Verteilung der Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern in religionsrechtlich relevanten Rechtsbereichen		
ausschließl. Gesetzgebung des Bundes (Art. 73 GG)	konkurrierende Gesetzgebung (Art. 74 GG)	ausschließliche Gesetzgebung der Länder (Art. 70 I GG)
<ul style="list-style-type: none"> Landesverteidigung Bundsgrenzschutz Zivildienst 	<ul style="list-style-type: none"> Bürgerliches Recht Ehe- und Familienrecht Strafrecht Gerichtsverfassung und Prozeßrecht Personenstands-wesen Vereins- und Versammlungsrecht Arbeits- und Sozialrecht Bauplanungsrecht z.T. Beamtenrecht Steuerrecht (Art. 105 II GG) 	<ul style="list-style-type: none"> Kirchensteuer Kirchenaustritt Feiertagsrecht Schulrecht Rundfunkrecht Denkmalschutz Friedhofsrecht Sammlungsrecht Stiftungsrecht

§ 6 – Religionsfreiheit

- Rechtsgrundlagen
- Grundrechtsträger
- Grundrechtsverpflichteter
- Inhalt
- Konkretisierungen
- Grenzen
- Fälle aus der Rechtsprechung

Rechtsgrundlagen der Religionsfreiheit

- Verfassungsrecht
 - vor allem Art. 4 GG
 - ein Teil der Länderverfassungen
- Vertragsrecht
 - Reichskonkordat, Artikel 1
 - Verträge mit den einzelnen Bundesländern
- Internationales Recht
 - Europäische Menschenrechtskonvention, Art. 9
 - EU – Grundrechtscharta
 - UN, Internationaler Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte

Art. 4 GG

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

Konkretisierungen der Religionsfreiheit durch andere Vorschriften

allgemein:	positive Religionsfreiheit	negative Religionsfreiheit
<ul style="list-style-type: none"> Art. 3 III GG Art. 33 III GG RKEG AGG 	<ul style="list-style-type: none"> Art. 137 II 1 WRV Art. 137 III WRV Art. 141 WRV vgl. auch Art. 7 II und III GG Art. 4 RK Art. 15 RK § 4a II 2 TierSchG 	<ul style="list-style-type: none"> Art. 136 III WRV Art. 136 IV WRV – vgl. § 484 ZPO und § 66d StPO Art. 141 WRV Art. 7 III GG Kirchenaustrittsgesetze Schulgesetze (Abmeldung vom RU)

Grenzen der Religionsfreiheit

kein Gesetzesvorbehalt in Art. 4 GG, aber:

- Begrenzung durch andere Grundrechte
 - Begrenzung der Religionsfreiheit des einen durch die des anderen, z. B. bei der religiösen Kindererziehung (RKEG)
 - Abwägung von positiver und negativer Religionsfreiheit
 - z. B. Schulgebet
- Begrenzung durch andere Rechtsgüter mit Verfassungsrang
 - z. B. Offenbarungspflicht Art. 136 III WRV
 - z. B. Dienstpflichten der Beamten (Art. 33 V GG)
 - Pflicht zu religiös-weltanschaulicher Neutralität
- „modale“ Beschränkungen

§ 7 – Religiös-weltanschauliche Neutralität und Parität

Rechtsgrundlagen
für die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates und die Parität des Staates gegenüber Religionsgemeinschaften

Neutralität:

- Art. 4 GG
- Art. 137 I WRV

Parität:

- Art. 3 I GG
- Art. 3 III GG
- Art. 137 V WRV

§ 8 – Das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften

Rechtsgrundlagen des Selbstbestimmungsrechts

- Art. 137 III 1 WRV
- z. T. Landesverfassungen
- Art. 1 RK
- Verträge mit einzelnen Bundesländern

Wem kommt dieses Recht zu?

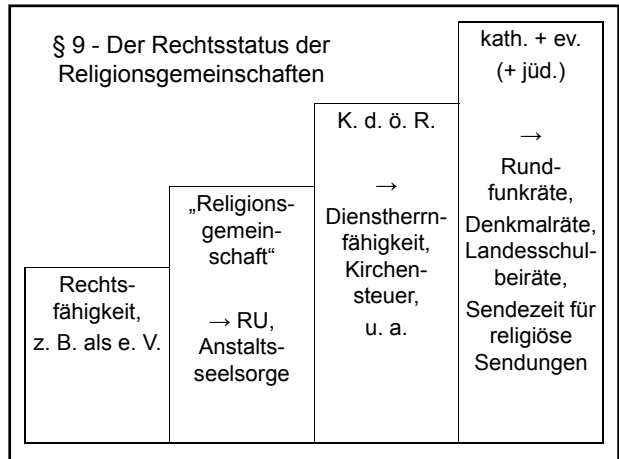
- den **Religionsgemeinschaften** als ganzen
- ihren einzelnen **Untergliederungen**
- allen den Religionsgemeinschaften in bestimmter Weise **zugeordneten Einrichtungen** ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform („Goch-Entscheidung“ des BVerfG von 1977)

Inhalt des Selbstbestimmungsrechts

- „ordnen und verwalten“
- „ihre Angelegenheiten“
 - Selbstverständnis als Ausgangspunkt
 - die „rein kirchlichen Angelegenheiten“: in jeder Hinsicht
 - die „gemeinsame Angelegenheiten“: unter bestimmter Rücksicht
- „selbständig“
- „innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes“ (= die „Schrankenklausele“):
 - Einschränkung jedenfalls **nur durch Gesetz**
 - **keine Sondergesetzgebung**, die sich einseitig gegen Religionsgemeinschaften richtet
 - **Abwägung** zwischen dem Selbstbestimmungsrecht und dem zu schützenden Rechtsgut, das dem Selbstbestimmungsrecht entgegenläuft



§ 9 – Der Rechtsstatus der Religionsgemeinschaften



Rechtsgrundlagen für den Körperschaftsstatus der Religionsgemeinschaften

- Art. 137 V WRV
- Art. 13 S. 2 RK
- z. T. Landesverfassungen, Verträge der einzelnen Bundesländer

Juristische Personen

	des Privatrechts	des öffentlichen Rechts
Personengesamtheiten (→ Mitglieder)	Vereine (z. B. e. V., AG, GmbH ...)	Körperschaften d. ö. R.
Vermögensmassen (→ keine Mitglieder)	Stiftungen (des Privatrechts)	Anstalten und Stiftungen d. ö. R.

Verleihung des Körperschaftsstatus

- **Zuständigkeit** liegt bei den Bundesländern
- verschiedene **Formen der Verleihung**: Gesetz, Rechtsverordnung, Beschluß der Landesregierung, Entscheidung des Kultusministers
- **Voraussetzungen gemäß Art. 137 V 2 WRV**:
 - „Religionsgesellschaft“
 - „auf ihren Antrag“
 - „Gewähr der Dauer“
 - „Zahl ihrer Mitglieder“
 - „durch ihre Verfassung“
- weitere, „**ungeschriebene**“ **Voraussetzungen**:
 - nicht: besondere Loyalität zum Staat
 - Rechtstreue

Welche Religionsgemeinschaften haben den Körperschaftsstatus?

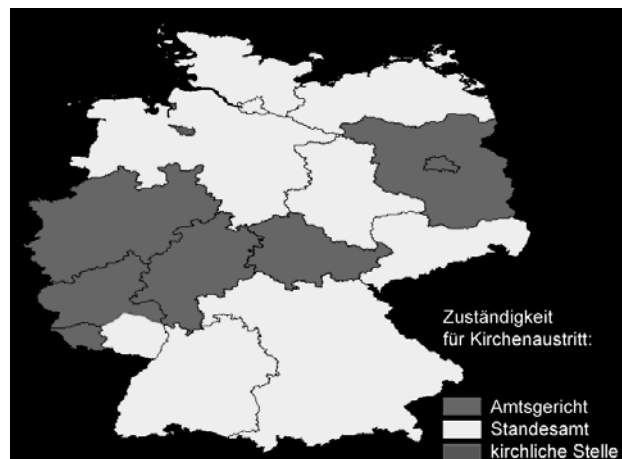
- die Religionsgemeinschaften, die diesen Status schon vor 1919 hatten („altkorporierte Religionsgemeinschaften“ = „geborene K. d. ö. R.“) (Art. 137 V 1 WRV)
- die Religionsgemeinschaften, die diesen Status seit 1919 bekommen haben („neukorporierte Religionsgemeinschaften“ = „gekorene K. d. ö. R.“) (Art. 137 V 2 WRV)
- auch *Weltanschauungsgesellschaften* (Art. 137 VII WRV)
- auch *Zusammenschlüsse* mehrerer K. d. ö. R. zu einer neuen K. d. ö. R. (Art. 137 V 3 WRV)

gegenwärtiger Bestand an K. d. ö. R.

- **altkorporierte Religionsgemeinschaften**:
 - Katholische Kirche:
 - Diözesen, Verband der Diözesen Deutschlands (VDD)
 - Kirchengemeinden, Kirchengemeindeverbände
 - Bischöfliche Stühle, Domkapitel
 - ein Teil der Ordensgemeinschaften
 - Evangelische Kirchen:
 - Landeskirchen, Gemeinden
- **neukorporierte Religionsgemeinschaften**:
 - in unterschiedlicher Zahl je nach Bundesland; insgesamt in Deutschland ca. 30 Religionsgemeinschaften

§ 10 – Personenrecht

- Erwerb der Mitgliedschaft in Religionsgemeinschaften
- Der Austritt aus Religionsgemeinschaften
- Personenstandswesen, Meldewesen, Datenschutz
- Zeugnisverweigerungsrecht und Schweigepflicht
- Weitere besondere Vorschriften über Geistliche und Ordensleute



§ 10 – Personenrecht

- A. Erwerb der Mitgliedschaft in Religionsgemeinschaften
- B. Der Austritt aus Religionsgemeinschaften
- C. Personenstandswesen, Meldewesen, Datenschutz
- D. Zeugnisverweigerungsrecht und Schweigepflicht
- E. Weitere besondere Vorschriften über Geistliche und Ordensleute

Weitere besondere Vorschriften über Geistliche (G) und Ordensleute (O)

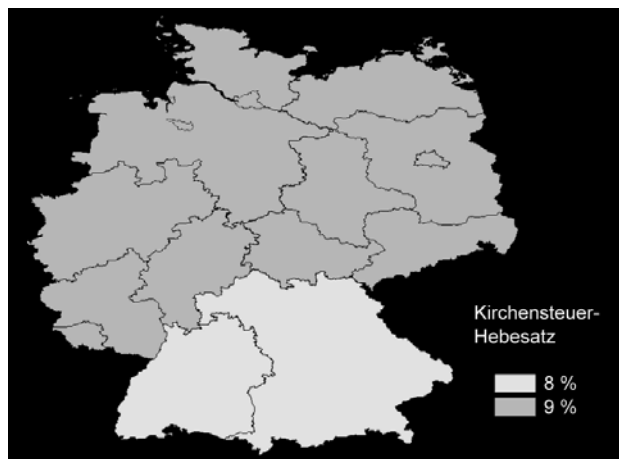
- GO Befreiung von **Wehrpflicht** und Zivildienst (§ 11 WPfIG)
- GO Freiheit von der Verpflichtung, **öffentliche Ämter** zu übernehmen (Art. 6 RK, § 34 I 6 GVG u. a.);
--- **kein** staatskirchenrechtliches Verbot **parteilichter Betätigung** (vgl. Art. 32 RK + Schlußprotokoll; vgl. c. 287 § 2 CIC)
- GO Schutz der **Amtskleidung** bzw. des Ordensgewandes (Art. 10 RK; § 132a StGB; § 126 I OWiG)
- G **Benachrichtigung** der kirchlichen Behörde vor **Verhaftung** (§ 910 ZPO)
- GO **Versicherungsfreiheit** (§ 6 I SGB V; § 5 I SGB VI)

§ 11 – Die finanziellen Angelegenheiten der Kirche im staatlichen Recht

- A. Kirchensteuer
- B. Staatsleistungen
- C. Steuer- und Gebührenbefreiungen
- D. Garantie des kirchlichen Vermögens
- E. kirchliche Vermögensverwaltung



Formen von Kirchensteuer		
	Diözesan-/Landeskirchen-Steuer	Ortskirchensteuer
Zuschlagsteuer	Zuschlag zur Lohn-/Einkommensteuer	Zuschlag zur Grundsteuer
Kirchgeld	besonderes Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe	Kirchgeld

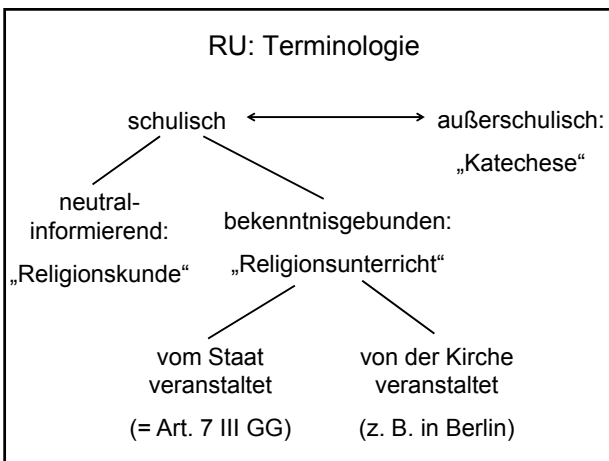
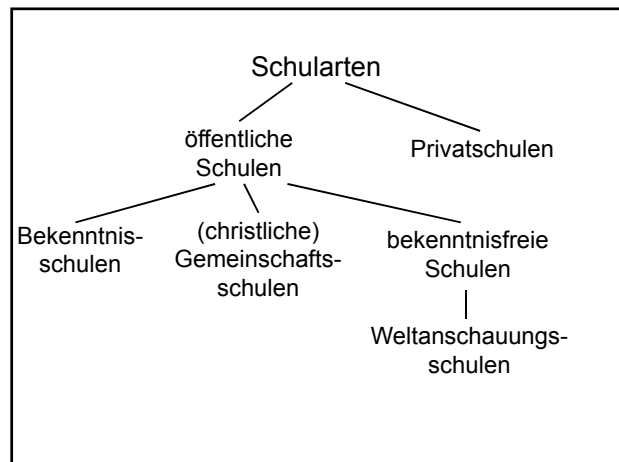


Bruttomonatsarbeitslohn (€)	ledig (St.Kl. I)	verheiratet (St.Kl. III)	verheiratet, 1 Kind (St.Kl. III/1)	verheiratet, 3 Kinder (St.Kl. III/3)
1500,-	9,58	0,00	0,00	0,00
2000,-	20,33	3,72	0,00	0,00
2500,-	31,44	11,98	2,05	0,00
3000,-	43,50	22,17	9,85	0,00
3500,-	56,43	32,13	18,88	0,00
4000,-	71,09	43,14	29,23	5,08

	Diözesan-/Landeskirchensteuer	Ortskirchensteuer
Zuschlagsteuer	Zuschlag zur Lohn-/Einkommensteuer: 8-9 %	Zuschlag zur Grundsteuer: max. 20 %
Kirchgeld	besonderes Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe: 96-3600 € p. a.	Kirchgeld: - fest: max. 6 € p. a. - gestaffelt: 3-30 € p. a.

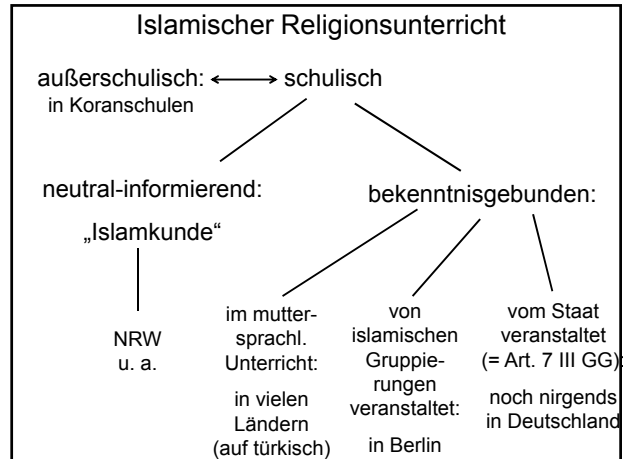
§ 12 – Religionsrechtliche Fragen um Schule und Religionsunterricht

A. Religiöse Ausrichtung der öffentlichen Schulen
 B. Kirchliche Privatschulen
 C. Religionsunterricht

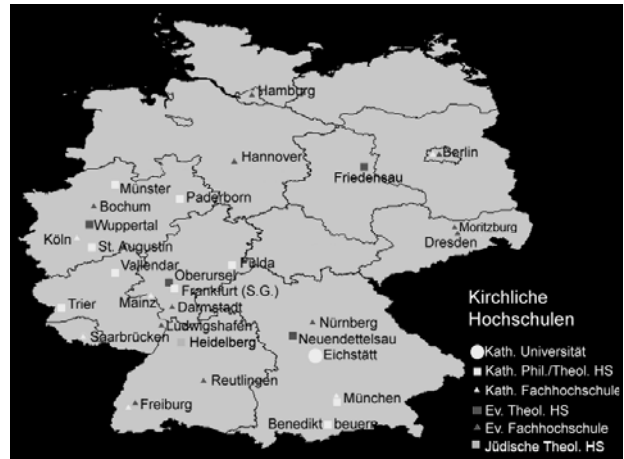


- Religionsunterricht nach Art. 7 GG
- „in den öffentlichen Schulen“
 - „mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen“
 - „ordentliches Lehrfach“
 - „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften“
 - „unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts“
 - „Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, RU zu erteilen.“
 - Abmeldungsmöglichkeit
 - Mindestteilnehmerzahlen
 - Ethikunterricht

Bundesländer ohne RU im Sinne von Art. 7 GG			
	vom Staat organisierter Unterricht	Abmeldungs-möglichkeit?	staatliche Unterstützung für kirchlichen RU
Berlin	in Klasse 7 bis 10: Ethik	nein	ja
Brandenburg	Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde (LER)	ja	ja
Bremen	Biblische Geschichte	ja	nein



§ 13 – Kirchliche Hochschulen und theologische Fakultäten



§ 14 Kirchliches Dienst- und Arbeitsrecht

„Wege“ zur Gestaltung der Arbeitsrechtsregelungen			
	Charakterisierung	in der kath. Kirche	in den ev. Kirchen
„Erster Weg“	einseitige Setzung	„Grundordnung“ u. a.	---
„Zweiter Weg“	Tarifverträge	---	nur in Nordelbien und Berlin-Brandenburg
„Dritter Weg“	paritätische Kommissionen	in allen Bistümern und im Dt. Caritasverband	in den übrigen Teilen der EKD